



NABU-Landesgeschäftsstelle · Färberstraße 51 · 24534 Neumünster

Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Daniel Günther
Staatskanzlei

Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel

Nationalpark Ostsee – die beste Lösung!

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Günther,

Wir bedauern, dass unserer Gesprächsanfrage an die Staatskanzlei nicht entsprochen wurde, und nutzen diesen offenen Brief, um einzelne Behauptungen der oft unseriösen öffentlichen Diskussion zum Nationalpark zu beleuchten und ins Verhältnis europapolitischer Verpflichtungen des Ostseeschutzes zu setzen. Wir haben uns dabei bemüht, uns auf wesentliche Aspekte zu beschränken. Angesichts der Komplexität möchten wir trotzdem – vielleicht in etwas unkonventioneller, aber beim Thema Ostseeschutz notwendiger – Ausführlichkeit orientiert an der Aktualität reagieren.

Tatsächlich sorgen wir uns angesichts der von Egoisten getriebenen, faktenfreien Angstmacherei einzelner, aber lautstarker Gegner des Nationalparks auch um die gesellschaftspolitische Diskursfähigkeit und die politische Zuverlässigkeit und Weitsicht der CDU im Land Schleswig-Holstein.

Vielleicht eint uns noch die allgemeine Einschätzung: Die Ostsee ist sowohl Lebensraum zahlreicher Arten, zudem Verbündete im Kampf gegen die Erderhitzung, als auch Erholungs- und Wirtschaftsraum. Doch die Ostsee steht zunehmend unter Druck. Fischerei, Landwirtschaft, Rohstoffabbau, Schifffahrt, Tourismus und der Bau großer Infrastrukturprojekte lassen der Vielfalt im Meer keinen Platz mehr. Während ehemals reiche Fischbestände kollabieren, Schweinswale und Meeresenten verschwinden, hat der Raubbau Konsequenzen für uns alle und verringert von Tag zu Tag den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen.

Sie selbst als verantwortlicher Ministerpräsident haben aufgrund dieser Tatsache in Richtung Fischerei, Wassersport und Tourismus öffentlich verlautbart, dass ‚Nichtstun‘ keine Option mehr ist.

Enttäuschung und Befremden

Der angekündigte Beschluss, am 5. Oktober 2023 auf dem CDU-Landesparteitag in Neumünster einen Nationalpark Ostsee abzulehnen, löst jedoch beim NABU Schleswig-Holstein tiefe Enttäuschung und großes Befremden aus: Der Antrag steht nicht nur für die Missachtung der Schutzbedürfnisse eines hoch bedrohten Ökosystems, sondern insbesondere für ein populistisches, unkluges Verhalten vor

NABU Schleswig-Holstein

Dagmar Struß

Stellv. NABU-Landesvorsitzende

Tel. +49 (0)170-9611081

Fax +49 (0)43 21.59 81

Dagmar.Struss@NABU-SH.de

Neumünster, 4. Oktober 2023

NABU – Schleswig-Holstein

Färberstraße 51

24534 Neumünster

Telefon +49 (0)43 21 – 5 37 34

Fax +49 (0)43 21 – 59 81

Info@NABU-SH.de

www.NABU-SH.de

Spenden- und Geschäftskonto

Sparkasse Südholstein

BLZ 230 510 30

Konto 285 080

IBAN DE16 2305 1030 0000 2850 80

BIC NOLADE21SHO

USt-IdNr. DE 1929 287 094

Der NABU Schleswig-Holstein ist ein staatlich anerkannter Naturschutzverband (nach § 63 BNatSchG) und Partner von Birdlife International.

Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar. Erbschaften und Vermächtnisse an den NABU sind steuerbefreit.



dem Hintergrund eigentlich notwendiger Veränderungen. Angesichts drohender Kipp-Punkte von Arten und Lebensräumen sowie ganzer Meeresbereiche wie der Flensburger Innenförde oder der Schlei stehen wir hier an einem für unsere Küste existenziellen Scheidepunkt.

Das jetzige Vorgehen löst aber auch aus anderen Gründen starke politische Bedenken aus: Eine inhaltliche Festlegung vor dem Abschluss eines in der Regierungskoalition gemeinsam verabredeten Diskussionsprozesses, an dem sich der NABU engagiert beteiligt hat, lässt aus Sicht des bundes- und landesweit größten Naturschutzverbandes mit rd. 30.000 Mitgliedern in Schleswig-Holstein und rd. 1 Mio. bundesweiten Unterstützern tiefe Zweifel aufkommen, ob Ihre Partei und Sie als Ministerpräsident heute noch gefeit sind vor einer unseriösen, von Egoismen getriebenen Interessenvertretung, wie sie sich in der Diskussion um den ‚Nationalpark Ostsee‘ überdeutlich gezeigt hat.

Für den NABU stellt sich hier die politische Frage, wie in einer demokratischen Gesellschaft ergebnisoffene Prüfprozesse noch sachlich diskutiert werden können. Angesichts der Herausforderungen unserer Zeit ist der NABU zutiefst besorgt, dass politisch gestreutes Misstrauen, Desinformation, fehlende Fakten und letztlich einseitige Propaganda die Oberhand gewinnen und damit die offene Unterstützung der CDU als Regierungspartei gewinnen können.

Wir möchten im Folgenden nochmals erläutern, warum die beste Lösung der Probleme der schleswig-holsteinischen Ostsee ein Nationalpark ist, und warum der CDU-Antrag von falsche Grundannahmen ausgeht.

- Das **Festhalten an der Freiwilligkeit** ist weder auf Bundes- noch auf europäischer Ebene als rechtlich und faktisch tragfähiges Mittel für einen effektiven Natur- und Umweltschutz anerkannt, da es dem hohen Schutzbedarf der Ostsee angesichts verfehlter Umweltziele nicht gerecht wird. Es erlaubt den Akteuren, wie bisher **die Mitschuld jeweils auf andere zu schieben**, statt sich zur eigenen Verantwortung zu bekennen. Es hat sich nachweislich bestätigt, dass weder die **Freiwillige Vereinbarung** zum Schutz von Schweinswalen und Meeresenten, noch die auf Freiwilligkeit setzende Allianz für Gewässerschutz zum Erfolg führten. Die Situation hat sich hier jeweils verschlechtert, weil effiziente Maßnahmen nicht stattfanden. Das Land muss jetzt endlich das Versäumte gutmachen und auf der Grundlage wissenschaftlicher Empfehlungen effiziente Maßnahmen rechtsverbindlich umsetzen.
- Die Erkenntnis, dass **Muschelfischerei mit schwerem Geschirr** die Flensburger Förde in noch kürzerer Zeit kippen lässt, hatte ein breites Bündnis von Naturschutz- und Fischereiverbänden auf den Plan gerufen. Selbst nachdem Dänemark nun mit einem Verbot reagiert hat, lehnt das CDU-geführte Landesfischereiministerium ein Verbot weiterhin ab und riskiert das Schicksal einer auch für Fischerei und Tourismus nicht mehr nutzbaren Flensburger Förde. Auch das wirft in einer ganzen Region

beiderseits der Grenze Fragen an der Ernsthaftigkeit eines konsequenten „Ostseeschutz - ja“ der CDU auf.

- Symptomatisch ist die Aussage im Papier zur **Munitionsbergung**, in der die Verantwortung allein auf den Bund geschoben wird, statt dass sich auch das Land **langfristig und dauerhaft** selbst zur Mitfinanzierung verpflichtet. Dass man sich nun öffentlich zumindest zu den Zusagen im Koalitionsvertrag bekennt, ist dabei eigentlich selbstverständlich – beruhigt aber vor dem Hintergrund der Kernaussage im Antrag nicht wirklich.
- Wenn der Antrag davon spricht, **Nährstoffeinträge zu verringern**, sollte man sich nun zu **rechtsverbindlich festgelegten Uferlandstreifen** für den Gewässerschutz bekennen und den verweigernden Forderungen des Bauernverbandes *paroli* bieten. Schleswig-Holstein ist hier bundesweites Schlusslicht. Die geringen Nachbesserungen an der Düngeverordnung werden beim nächsten EU-Check erneut als unzureichend gerügt werden. Folge schon heute: der Nährstoffeintrag in die Ostsee nimmt nach Daten des GEOMAR in einzelnen Küstenabschnitten erneut zu.
- Die notwendige **Begleitung der Arbeit von Aktionsbündnissen** wäre seitens des Landes personell viel aufwändiger, als dies für ein Kompetenzen bündelndes **Nationalparkamt** mit einem **Nationalparkkuratorium** gelten würde. Die Aussage aber, generell keine **Finanzmittel** in eine verstärkte personelle Ausstattung der für den Schutz der Ostsee jetzt zuständigen drei Ministerien und zahlreicher Behörden geben zu wollen, verurteilt jeglichen effektiven **Schutz der Ostsee von vornherein zum Scheitern** und macht deutlich, welche geringen Stellenwert dieser Vorschlag bei der CDU tatsächlich hat. Die derzeit mangelhafte Umsetzung der rechtlichen Rahmenbedingungen beruht schon heute größtenteils auf einer **völlig unzureichenden personellen Ausstattung** der dafür zuständigen Behörden. Dies gilt für die Umweltverwaltung auf allen Ebenen.
- **Schutzgebietsanteile, frei von schädlichen und industriellen Nutzungen**, sind ein wissenschaftlich anerkanntes, effektives Instrument, den Lebensraum Ostsee zu erhalten. Genau deshalb fordert die EU-Biodiversitätsstrategie, 10% der Nord- und Ostsee unter „strikten Schutz“ zu stellen - genau deshalb setzt der Bund dies gerade für die ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der deutschen von Nord- und Ostsee um.
- Der im Zuge der Diskussion lancierte Brief des zum Bundesfischereiministerium gehörenden Thünen-Instituts (TI) über notwendige **Null-Nutzungszonen** hat für politische wie fachliche Irritationen gesorgt. Zum einen wurden Inhalte, bevor sowohl die Umweltverwaltung, als auch beteiligte Organisationen darin Einblick nehmen konnten, bereits an die Medien lanciert. Offiziell war er nicht zu erhalten. Dabei wurde wohl kalkuliert, dass Medienvertreter fachlich kaum

in der Lage sind, **zweifelhafte Darstellungen und Interpretationen** zu erkennen: Denn zum einen behandelt das Papier überwiegend fischereiliche Aspekte und negiert – obwohl Stand der Wissenschaft! – positive Auswirkungen auf das gesamte Ökosystem. Immerhin aber beschreibt das Papier die drastischen negativen Auswirkungen der Stellnetzfischerei – und belegt damit indirekt genau den Vorteil entsprechend nutzungseingeschränkter Bereiche. Verkannt wird zudem, dass bei einem weitgehenden Zusammenbruch der Bestände von Dorsch und Hering jegliche Form der Nutzungseinschränkung positive Effekte generiert.

Der umweltpolitischen Sprecherin Ihrer CDU-Fraktion, Frau Schmachtenberg, hatte der NABU eine dem widersprechende, wissenschaftlich anerkannte Meta-Studie des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) auf ihren Wunsch frühzeitig zukommen lassen. (Auch das Thünen-Institut ist übrigens namhaft bei ICES vertreten!) Bedauerlich, dass diese den Stand der Wissenschaft entsprechende Auswertung **aller** weltweit zu dieser Fragestellung **vorliegenden Studien** in die politische Betrachtung keinen Eingang gefunden hat und stattdessen dem auch bundes- und europarechtlich geforderten Instrument eines effektiven Naturschutzes generell in dem Beschlussantrag eine Absage erteilt wird.

Wie wird es nun der Landesregierung und insbesondere der CDU gelingen, diese bindenden Rechtsvorgaben an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste umzusetzen?

- Die **CDU verkennt ihre eigene Geschichte**: Heftige Widerstände tobten seinerzeit an der Nordsee, als die wegweisende Gründung des Wattenmeer-Nationalparks erfolgte. Diese hätte es nicht gegeben, wenn man in der **CDU keine Weitsicht** gezeigt hätte. Die Situation der Natur wäre heute im Wattenmeer drastisch schlechter, die unbestritten positiven Entwicklungen für die Menschen in der Region und die derart positive Entwicklung des Tourismus hätte es nicht gegeben. Das Sozio-Ökonomische Monitoring in der Nationalpark-Region über viele Jahre spricht zu dieser Erfolgsstory Bände. Für die Ostsee droht nun eine weitere Verschlechterung ihres Zustandes bis hin zum Kollaps, wenn die CDU es zulässt, dass egozentrischen Ansprüche an die Natur effektive Verbesserungen blockieren.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther,

Als NABU appellieren wir an Sie, diese eigene Geschichte zu erinnern und sich zukunftsgerichteten Lösungen zu öffnen.



Mit diesem Blick zurück fordern wir die Delegierten der CDU und Sie ganz persönlich auf, sich Ihrer Verantwortung zu stellen und den Antrag zur Ablehnung des Nationalparks Ostsee abzulehnen - im Sinne des Allgemeinwohls, für eine gesunde Ostsee und eine nachhaltige maritime Wirtschaft im Land zwischen den Meeren.

Sehr gern stehen wir weiter für Rückfragen und einen sachlichen wie lösungsorientierten Austausch zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Dagmar Struß". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dagmar Struß

Stellv. NABU-Landesvorsitzende